

Klimabonus in Gefahr: Grüne fordern Erhalt gegen Sparpläne!

Grüne warnen vor finanziellen Einschnitten ab 2025: Klimabonus und notwendige Subventionen im Fokus der Kritik.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die aktuelle finanzpolitische Lage Österreichs sorgt für explosive Debatten! Grünen-Chef Werner Kogler kritisierte die Landesregierung unter „Blau-Schwarz“ scharf, da diese in der aktuellen wirtschaftlichen Krise nicht durchdacht spart. Kogler warnte eindringlich darauf hin, dass durch falsche Sparmaßnahmen die bereits fragile Konjunktur gefährdet werde. Anstatt sinnvoll zu investieren, sehe er planloses Kürzen, das letztlich Betriebe, Arbeitsplätze und die Umwelt gefährde, als **orf.at berichtet**.

Besonders in der Diskussion steht der Klimabonus, dessen Abschaffung laut Kogler eine unverantwortliche Steuererhöhung für große Teile der Bevölkerung bedeuten würde, besonders für

einkommensschwache Haushalte. Er fordert stattdessen eine jährliche Anpassung des Klimabonus, um den gestiegenen Lebenshaltungskosten gerecht zu werden. Die Grünen pochen darauf, dass Einsparungen nicht zulasten von Klimaschutzmaßnahmen gehen dürfen, und übten scharfe Kritik an der geplanten Abschaffung durch WIFO und führende Politiker der ÖVP, wie Tirols Landeshauptmann Anton Mattle. „Wenn der Klimabonus gestrichen wird, verteuert das das Leben der Menschen“, so Kogler, wie auch in einem Bericht von [ots.at](https://www.ots.at) erwähnt.

Regierung unter Druck!

Die Wirtschaftsforscher WIFO und IHS haben alarmierende Prognosen aufgestellt, die ein bevorstehendes Haushaltsdefizit von vier Prozent des BIP für 2025 vorhersagen. Sie empfehlen drastische Kostenreduzierungen, was Kogler zurückweist. Stattdessen müsse bei dauerhaft klimaschädlichen Subventionen, wie dem Diesel- und Dienstwagenprivileg, angesetzt werden, wo sich jährliche Einsparungen von bis zu 2,4 Milliarden Euro ergeben könnten. Die aktuelle Haushaltslage sei angespannt, jedoch nicht so dramatisch, wie sie häufig dargestellt werde. Kogler kritisiert die regierenden Parteien für eine „wirtschaftliche, soziale und ökologische Fehlsteuerung“ und betont die Notwendigkeit, die Prioritäten neu zu setzen. In dieser kritischen Situation ist es wichtiger denn je, sinnvolle Lösungen zu finden, anstatt aufgrund von Panikplanungen die wirtschaftliche Erholung Österreichs zu riskieren.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ursache	falsche Sparmaßnahmen
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Schaden in €	2500000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at